

BÜRGERINFORMATION

SPD-Zeitung für die Gemeinde Salzbergen

Nr. 93

Ausgabe Januar 2008

Salzbergen braucht einen neuen Kindergarten

Ein Beitrag von Detlev Walter, Vorsitzender der SPD Salzbergen

Salzbergen. Zurzeit werden Bürgermeister Andreas Kaiser und seine Fachleute der wachsenden Aufgabenflut durch das Familienzentrum und damit größeren Kinderschar in unseren Kindergärten gerade noch einmal Herr. Alle Gruppen sind bis zum Bersten voll. Dabei haben noch nicht einmal alle jetzt dreijährigen Kinder einen Gruppenplatz. Aber die nächsten Aufgaben des Familienzentrums stehen schon vor der Tür.

Seit dem Jahre 2001 sind zwei Gruppen neu entstanden. Damals wurde ein Anbau für eine neue Gruppe an den Kindergarten „St. Augustinus“ an der Steider Straße erstellt, obwohl die bauliche Substanz des alten Gebäudes schlecht war und heute auch noch schlecht ist.

Eine weitere Gruppe wurde im Jahre 2005 im Obergeschoss des Kindergartens „St. Cyriakus“ am Kolpingbildungshaus eingerichtet.



Damit vergrößerte sich die räumliche Enge im Gebäude und auf dem Gelände weiter.



Detlev Walter

Die Forderung der SPD Salzbergen aus dem Jahre 2001, einen völlig neuen, größeren Kindergarten an anderer Stelle zu bauen, wurde von der CDU damals als unnötig

abgewiesen. Den Hinweisen der Salzbergener Sozialdemokraten, dass in Zukunft mehr Räume für die Ganztagsbetreuung, für die Aufnahme von Kindern unter drei Jahren und für die weitergehende Förderung in kleineren Gruppen benötigt werden, wurde nicht gefolgt. Die Realität hat die CDU nun eingeholt.

Die Bundes-SPD und Familienministerin von der Leyen haben vorgedacht. Landrat Hermann Bröring ist schnell auf diesen Zug aufgesprungen. Er hat das Familienzentrum aus der Wiege gehoben, und die Salzbergener CDU hat sich diesem „Vorgedachten“ dann angeschlossen.

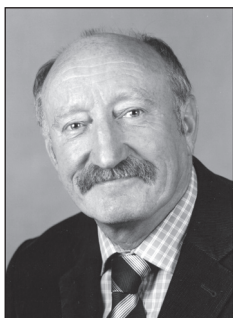
Wie aber soll es weitergehen?

Eine vernünftige Alternative wäre natürlich nur ein neuer, größerer Kindergarten, wie die ihn SPD Salzbergen im Jahre 2001 schon weit blickend gefordert hat.

**Am 27. Januar 2008 ist
Landtagswahl.
Beide Stimmen für die SPD**

Haben Sie Fragen? Sprechen Sie uns an!

Die SPD-Gemeinderatsfraktion ist für Sie da



Willi Jansen (61)
Kriminalhauptkommissar a. D.
SPD-Fraktionsvorsitzender
im Gemeinderat
Kreistagsabgeordneter
Tannenweg 12



Detlev Walter (49)
Laborant
Mitglied des Gemeinderates
SPD-Ortsvorsitzender
Kantstraße 14



Martin Scholz (42)
Diplom-Chemie-Ingenieur
Stellvertr. Fraktionsvorsitzender
Schulausschussvorsitzender
des Gemeinderates
Iltisweg 17



Norbert Zwartjes (56)
Regionalleiter
Mitglied des Gemeinderates
Mitglied des Orsrates Steide
Steider Straße 58



Christian Otten (33)
Industriemeister Chemie
Mitglied des Gemeinderates
Schwalbenweg 5



Jürgen Schöttler (51)
Bundespolizeibeamter
Mitglied des Orsrates
Holsten-Bexten
Holstener Weg 15

Ausschussbesetzung im Gemeinderat:

Verwaltungsausschuss	Willi Jansen Detlev Walter
Ausschuss für Bau, Umwelt, Planung und Verkehr	Christian Otten Martin Scholz
Schulausschuss	Martin Scholz Willi Jansen
Finanzen und Wirtschaft	Norbert Zwartjes Detlev Walter
Ausschuss für Jugend, Sport und Kultur	Christian Otten Norbert Zwartjes
Kuratorium Gemeindezentrum Salzbergen	Norbert Zwartjes
Kriminalpräventiver Rat	Willi Jansen

Einladung

Die SPD Salzbergen
ist am Samstag, dem
26. Januar 2008,
zwischen
09.30 und 12.30 Uhr
vor dem K-&-K-Markt
an der Emsstraße präsent.
Dann und dort können die
Bürgerinnen und Bürger
noch Informationen zur
Landtagswahl einholen.

Am Wahlsonntag,
27. Januar 2008,
findet ab 18.00 Uhr in der
Gaststätte „Alt-Salzbergen“
eine Wahlparty statt.
Jedermann ist dazu
herzlich eingeladen.

Eine Linde für den „Campus“

Landkreis Emsland: „Aus Anlass des 30-jährigen
Kreisjubiläums soll dieser Baum als Symbol der
Verwurzelung der Emsländerinnen und Emsländer
mit ihrem Landkreis im Emsland gepflanzt
werden. Diese Urkunde berechtigt den
Kreistagsabgeordneten Willi Jansen, den Ort der
Pflanzung zu bestimmen.“

Bei einem Festakt in Meppen wurden insgesamt drei
Urkunden mit „Pflanzortbestimmungsrecht“ nach
Salzbergen vergeben. Bürgermeister Kaiser und der
CDU-Kreistagsabgeordnete Evers wurden ebenfalls
„Baumpaten“. Willi Jansen (SPD) bestimmte als
Pflanzort für „seine“ Linde den so genannten
„Campus“ zwischen der Haupt- und Realschule und
der neuen Großraumsporthalle am Bruchweg.

Anzeige

Altstadt-Grill

Bahnhofstraße 9 48499 Salzbergen

Tel.: 05976 – 94116

Schnitzel, westfälische Art
mit Champignon, Zwiebeln und
Frühstücksspeck

Spargelschnitzel mit
1a-Stangenspargel
und Sauce hollandaise

Schnitzel
mit Champignon-Rahm-Soße

Schnitzel
mit Pfeffer-Rahm-Soße

Schnitzel, französische Art
mit Zwiebeln, Käse und
Sauce béarnaise

Schnitzel
mit Curry-Rahm-Soße

Schnitzel, Schweizer Art
mit geschmorten Champignons
und Käse überbacken

je 4,40 €

Jetzt Mitglied werden

Jeder, der die Grundwerte der SPD anerkennt, kann auch erst einmal Gastmitglied werden.

**MITGLIEDSCHAFT
ZUM SCHNUPPERN**



JETZT TESTEN!

Damit haben Sie das Recht, an Mitgliederversammlungen teilzunehmen, Sie haben dort Rede-, Antrags- und Personalvorschlagsrecht, können allerdings nicht an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen oder sich in Gremien wählen lassen. Die Gastmitgliedschaft kostet 2,50 € pro Monat, gilt für ein Jahr und kann längstens um ein Jahr verlängert werden.



Aber Sie können auch voll eintreten.

Infos über

www.spd-salzbergen.de

oder

bei jedem Vorstands- oder Fraktionsmitglied
(Siehe Seite 2)

Anzeige



Im Herzen von Salzbergen gelegenes,
gut bürgerliches Gasthaus,

empfiehlt sich als Speiserestaurant, Vereinshaus und Gesellschaftshaus bis zu 150 Personen.
Deutsch-Internationale Küche, saisonales Speiseangebot,
Küche mittags und abends geöffnet.
Montag ist unser Ruhetag.



Moderne Fremdenzimmer.

Unser Programm im Februar :



Sie können bei uns noch am 2., 9. und 16. Februar Ihre Boßel- oder Kloatscheeterparty buchen
- mit traditionellem Büffet und Stimmungsmusik
Sprechen wir Sie an? Sprechen Sie uns an!
Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Herzlichst
Ihre Heide Dier und Mitarbeiter

Restaurant „Alt-Salzbergen“
Bahnhofstraße 15, 48499 Salzbergen
Telefon: 05976 - 344760

TMS Druck + Werbung

Pappelweg 2a · 48499 Salzbergen
Tel.: 05976 / 94304

Mindestlohn und Jugendstrafrecht

Ein Beitrag von Karl-Heinz Winnemöller, Salzbergen

Schaut man sich die Wahlkampfberichte in Fernsehen und Presse an, dann scheinen sich die Wahlkämpfer auf diese beiden Themen zu konzentrieren – ganz nach Parteibuch. Es werden oft die richtigen Fragen gestellt, aber gibt es die richtigen Antworten?

Die sollte der Beobachter aber auch selbst geben, deshalb stelle ich diese Fragen an dieser Stelle: Wollen Sie für 7,50 EURO Stundenlohn arbeiten? Das sind bei einer 40-Stunden-Woche 300 Euro brutto, im Monat also knapp 1400 Euro. Es gibt auch in Salzbergen Arbeitnehmer, die für weniger Geld einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen. Stimmt da nicht die Aussage des DGB: „Arm trotz Arbeit!“. Der Mindestlohn gefährde Arbeitsplätze, wird gesagt. Welche Arbeitsplätze und warum?

Welcher Mindestlohn soll es denn sein? Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn oder ein branchenbezogener Mindestlohn, der von den Tarifpartnern festgelegt wird? Welcher Maßstab soll genommen werden, der unserer westlichen Nachbarn oder der...?

In der Januar/Februar-Ausgabe(2008) des Mitglieder magazins IMPULS der KAB wird in einem Artikel auf die Folgen der Einführung von Mindestlöhnen in anderen Ländern hingewiesen, (Zitat): „Großbritannien habe mit Mindestlöhnen sehr gute Erfahrungen gemacht, sagte kürzlich der für Beschäftigung zuständige EU-Kommissar Vladimir Spidla“ (Zitatende)

Warum übersieht man eigentlich den Zusammenhang zwischen diesen beiden Themen? Ist es nicht so, wie es eine 16jährige Schülerin formulierte, sie könne verstehen, dass die, die von der „Stütze leben müssen“, ihren Frust in Gesetzesverstößen auslebten.

Das Einkommen der Familien bestimmt im großen Maße doch die Lebensumstände der Jugendlichen mit, und hier gibt es keinen Unterschied zwischen In- und Ausländern. Es ist diese „gefühlte Ungerechtigkeit“, die sich in den Worten ausdrückt: „Ich kann machen was ich will, ich habe doch keine Chance.“ Warum glauben Jugendliche dieses?

Es ist, wie in der ZEIT vom 3. Januar 2008 zu lesen: „Es sind nicht die Kinder türkischer Professoren,..., die zimal wegen Raubes, Körperverletzung ... verurteilt werden. Es sind Jugendliche aus Unterschichtfamilien, deren Mangel an Bildung, deren Gewalt- und Verwahrlosungsstrukturen nur allzu sehr den Problemen in den Familien junger deutscher Straftäter ähneln.“(Zitatende)

Man muss die „Kultur des Hinschauens“, die die Bundeskanzlerin fordert, nicht nur auf den Zeitpunkt beschränken, wenn eine Straftat begangen wird (dann

auch), sondern auch dann nicht „wegsehen“, wenn es zu Fehlentwicklungen kommt. Wir sind alle gefordert. Hier sollte man an einen Aspekt denken, den der Vorsitzende der Konferenz der Katholischen Seelsorger bei den Justizvollzugsanstalten, Axel Wiesbrock forderte, „...stärkere Investitionen in Bildung und Vorbeugung...“ und „in Schulen ... etwas gegen die hohe Schulabbrecherquote unter ausländischen Jugendlichen“ zu tun.

Die Forderungen nach Erziehungscamps. Warnschussarresten und schnellerem Abschieben erweckten den Eindruck, als sollten jugendliche Straftäter eher gebrochen als gefördert werden, kritisierte Wiesbrock. In den Jugendhaftanstalten solle der Erziehungsgedanke noch stärker im Vordergrund stehen, forderte der Seelsorger (Zitate aus „Kirchenbote Plus“ vom 13. Januar 2008)

Neue Gesetze zu formulieren ist eine „preiswerte Lösung“ und populistisch, aber in soziale Maßnahmen zu investieren ist Kosten erzeugend.

„Man will doch sparsam sein“, aber manchmal am falschen Ende. Wer soll die Straftäter an ihrem „Tun“ hindern, wenn nicht die Polizei?

Stellenstreichungen, neue Personalstrukturen usw. – ist immer ein Polizist „vor Ort“?

Wer soll die Taten der straffälligen Jugendlichen denn beurteilen, wenn nicht die Richter?

Wurden nur in Hessen Stellen für Richter gestrichen? Wann finden die Prozesse statt? Statistiken belegen, dass die Androhung eines

„härteren Vorgehens“ wenig Wirkung zeigt.

So hat „der Amsantritt Roland Kochs in Hessen und von „Richter Gnadenlos“ Schill in

Hamburg...die Gewalttäter offenbar wenig beeindruckt. Die Zahl der Fälle mit gefährlicher Körperverletzung ist in beiden Bundesländern gestiegen, in Hessen von 120 pro 100000 Einwohner im Jahr 1999 auf 180 im Jahr 2006, in Hamburg von 230 im September 2001 auf 300 im Jahr 2006 (ZEIT Nr. 3, 10.1.2008).

Beide Themen oder Probleme gehen eigentlich weit über die Wahlkampfzeit hinaus, deshalb lohnt sich eine Auseinandersetzung mit ihnen. Sie gehen alle Bewohner der Bundesrepublik Deutschland an, die mit und ohne Migrationshintergrund. Es sind die Familien und Jugendlichen aus beiden Gruppen, die ein Teil unserer Gesellschaft sind.

Es darf wegen des Wahlkampfes nicht die gegenseitige Achtung verloren gehen, denn wir sind, ob wir es wollen oder nicht, auf einander angewiesen und wollen alle eine gute Zukunft für unser Land.

Wie schreibt Uwe Jean Heuser auf der Titelseite der ZEIT Nr. 3/2008: „Dreckig geht es nicht Deutschland. Dreckig ist nur der Wahlkampf geworden.“

Wackel-Wulff und Karmann

In der zweiten Januarwoche verkündete der niedersächsische Ministerpräsident Wulff (CDU) auf einer Wahlveranstaltung lauthals: „Volkswagen wird einen neuen Großauftrag an Karmann vergeben.“ Schon am Folgetag

dementierte der VW-Konzernleitung in Wolfsburg: „Davon wissen wir nichts...“
Übrigens: Wegen seiner Wankelmütigkeit trägt der MP den Spitznamen „Wackel-Wulff“.

Nachfolgend ein Kommentar von Norbert Meyer, Wirtschaftsredakteur der der CDU nahe stehenden „Neuen Osnabrücker Zeitung“, zu der auch die hiesige Regionalausgabe „Lingener Tagepost“ gehört. Der Meinungsbeitrag wurde am 15. Januar 2008 veröffentlicht.

Alarmglocken auch in Hannover

Von Norbert Meyer

Als größtes ungelöstes Problem seiner Regierung bezeichnet der um seine Wiederwahl kämpfende Christian Wulff (CDU) die Misere bei Karmann. Doch nicht nur in seiner Geburtsstadt, auch in der Wahlheimat des Ministerpräsidenten schrillen die Alarmglocken.

Mit Abwanderungsplänen des Reise-Riesen TUI aus Hannover droht Niedersachsen der Verlust eines von drei DAX-Konzernen.

Dass Wulff sich selbst dazu gestern nicht äußerte, sondern dies dem wohl bald aus dem Amt scheidenden Wirtschaftsminister Walter Hirche (FDP) überließ, ist bezeichnend. **Auf plötzliche Schwierigkeiten in der Wirtschaft reagiert der CDU-Regierungschef zögerlich.** Das ist bei VW so, wo der größte Aktionär Porsche alles daransetzt, die Macht von Wolfsburg nach Stuttgart zu verlagern. Das war bei der Stilllegung des Reifenwerks am

Stammsitz des zweiten hannoverschen DAX-Konzerns Conti nicht anders. Zugegeben: Die von Gerhard Schröder (SPD) 1998 verfügte Verstaatlichung der früheren TUI-Tochter Salzgitter AG war riskant. Heute kassiert das Land satte Dividenden des boomenden Stahlkonzerns, was auf reinem Glück beruhen mag. **Wer es aber wie Christian Wulff mit industriepolitischer Offensive nicht erst versucht, wird vergeblich auf Fortüne hoffen.**

Karmänner fürchten um ihre Arbeitsplätze Großdemonstration in Rheine - SPD Salzbergen solidarisch

Ca. fünfzig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Salzbergen werden vermutlich von der Schließung des Werkes in Rheine betroffen sein. Gegen die Schließungspläne demonstrierten am 24. November 2007 tausende Bürgerinnen und Bürgern mit den Betroffenen in Rheine.

Die Salzbergener SPD konnte da nur einen symbolischen Beitrag leisten und Solidarität zeigen. Sie nahm mit einer Delegation unter Führung ihrer Vorsitzenden von Partei und Fraktion, Detlev Walter und Willi Jansen, teil.



Foto: Detlev Walter

Salzbergener SPD bei Großdemo

www.spd-salzbergen.de

SPD

SPD und IG Metall fordern Löhne, von denen man leben kann

Tarifliche Mindestlöhne sind für SPD und IG Metall vorrangig. Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck sagte nach einem Treffen des SPD-Präsidiums mit der Spitze der IG Metall in Frankfurt, tarifliche Regelungen müssten Priorität haben und über das Entsendegesetz abgesichert werden.

Beck setzte sich dafür ein, in Wirtschaftsbereichen ohne ordnungsgemäße Tarifverträge müsse ein gesetzlich verankerter Mindestlohn als unterste Grenze festgesetzt werden. Diese Untergrenze sollte nicht vom Staat festgelegt werden. Sie könne zwischen 7,00 und 7,50 Euro liegen. Zur Einführung eines Mindestlohns gebe es klare Koalitions-Absprachen. "Ich gehe davon aus, dass sie gelten", betonte Beck.

Notfalls will Bundesarbeitsminister Olaf Scholz Mindestlöhne künftig auch über die Köpfe der Tarifpartner hinweg durchsetzen. Dies soll dann geschehen, wenn die Partner sehr geringe Entgelte vereinbart haben. "Die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen bei

einer gesetzlichen Verdrängung niedrig dotierter Tarifverträge ist verfassungsrechtlich zulässig", heißt es im am Montag veröffentlichten Entwurf der Novelle des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes.



Nur Branchen mit einer Mindesttarifbindung von 50 Prozent der Arbeitnehmer können eine Aufnahme in das Entsendegesetz beantragen, um einen Mindestlohn für allgemein verbindlich erklären lassen. Der Antrag soll bis zum 31. März dem Arbeitsminister vorliegen. "

"Die Einführung von Mindestlöhnen stärkt nicht nur die Position von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sondern sorgt auch dafür, dass die Rentnerinnen und Rentner im nächsten Jahr wieder mehr Geld in der Tasche haben", betonte der

Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD, Wolfgang Jüttner. Dies sei ein wichtiges Signal für die ältere Generation, da die Rentenhöhe an die Lohnentwicklung gekoppelt ist.

Heil: Mindestlöhne sind Frage der sozialen Gerechtigkeit

SPD-Generalsekretär Hubertus Heil nannte Warnungen, Mindestlöhne führten zu millionenfachem Jobverlust, falsch und grotesk. Diese Vorhersagen von Wirtschaftsforschern seien interessengeleitet, sagte Heil im Deutschlandfunk. "Das hat mit der Realität nichts zu tun." Wenn eine Friseurin in Thüringen ein oder zwei Euro mehr pro Stunde verdiene, werde nicht "der Friseurbetrieb dicht machen, um nach Peking zu ziehen".

Tatsächlich kämen auch viele Arbeitgeber zur SPD und forderten Mindestlöhne für ihre Branchen, weil sie die "Dumpingkonkurrenz nach unten" nicht mehr aushielten.



**Unsere Kandidatin
für den
Niedersächsischen
Landtag:
Pia Weißling**

Wo bleibt die Salzbergener Ortskernentlastungsstrasse?

Viele Bürger fragen: „Warum tut sich da nichts?“

Salzbergen. Sie ist längst überfällig, aber es tut sich nichts. Auch die Informationen, die die Verwaltung an die Ratsmitglieder weitergibt, sind dürftig. Offensichtlich gibt es immer noch Probleme mit den notwendigen

Grundstückskäufen. Es sind fast ausschließlich landwirtschaftliche Flächen, die für den Bau dieser für Salzbergens Entwicklung und auch für die Verkehrsentslastung im Ortskern so wichtigen Strasse dringend benötigt werden.

Die Finanzierung kann zurzeit als noch gesichert gelten.

Gesetzliche Möglichkeiten, die einen Ankauf der Flächen beschleunigen könnten, sind gegeben.

Aber leider wagt es die Gemeindeführung nicht, diese Instrumente einzusetzen.

Die Verkehrsbelastung im Ortskern sowie auf der Lindenstraße, der Rheiner Straße und der Nordmeyerstraße ist enorm. Abhilfe kann nur die OKE genannte Entlastungsstrasse bringen. Erst nach Fertigstellung dieser OKE bieten sich im Ortskern interessante Möglichkeiten zur Umgestaltung und Verkehrsberuhigung.

Die SPD-Fraktion will weiter drängend „am Ball“ bleiben.

Unterstützen auch Sie die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn mit Ihren Stimmen für die SPD



Gute Arbeit heißt für mich:
Ein Lohn, von dem man leben kann.

www.spd-salzbergen.de

SPD

Impressum: Herausgeber: SPD-Ortsverein Salzbergen und SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Salzbergen

Verantwortlich: Detlev Walter, Kantstraße 14, 48499 Salzbergen - Redaktionsanschrift: Willi Jansen, Tannenweg 12 – 48499 Salzbergen

Auflage: 3.300 Druck: TMS Druck&Werbung; Pappelweg 2a – 48499 Salzbergen – Zustellung an alle Haushaltungen: Deutsche Post AG